S 49 KA 508/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht Sachgebiet Vertragsarztangelegenheiten

Abteilung

Kategorie Urteil Bemerkung -

Rechtskraft -

Deskriptoren Berufsausübungsgemeinschaft Inhaber einer Anstellungsgenehmigung

Medizinisches Versorgungszentrum

Nachbesetzungsverfahren

Übertragung einer

Anstellungsgenehmigung

Wenn nach dem klaren Wortlaut eines

Genehmigungsbescheides des

Zulassungsausschusses ein Vertragsarzt,

nicht aber die

Berufsausübungsgemeinschaft (BAG), in der er tätig war, Inhaber einer streitigen Anstellungsgenehmigung ist, ist eine

andere Auslegung des Bescheides auch

im Hinblick auf zivilrechtliche Vereinbarungen der BAG-Partner,

Arbeitsverträge u.ä. nicht möglich. Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus dem Urteil des BSG vom 04.05.2016, Az: B 6

KA 24/15 R, das keine Aussage zu

bestandskräftigen

Anstellungsgenehmigungen, die einem einzelnen Vertragsarzt erteilt worden

sind, trifft.

Die Trägerin eines MVZ, der die Genehmigung zur Beschäftigung eines Vertragsarztes als angestelltem Arzt im MVZ zur Fortführung von dessen ausgeschriebener Praxis erteilt worden ist, hat als Nachfolgerin Anspruch auf Erteilung von Genehmigungen zur Beschäftigung angestellter Ärzte. Die Anstellungsgenehmigung, die sich akzessorisch zu der gemäß § 103 Abs. 4c SGB V übernommenen Zulassung verhält,

Leitsätze

konnte zusammen mit dem Vertragsarztsitz im Rahmen des nach § 103 Abs.4 SGB V erfolgten Nachbesetzungsverfahrens übertragen werden.

§ 95 Abs. 9b SGB V, nach dem die Möglichkeit der Umwandlung einer Anstellungsgenehmigung in eine Zulassung und eines nachfolgenden Nachbesetzungsverfahrens besteht, ist nicht zu entnehmen, dass eine Anstellungsgenehmigung ausschließlich durch vorherige Umwandlung in eine Zulassung übertragen werden kann.

SGB V <u>§ 103 Abs. 4</u>

SGB V <u>§ 103 Abs. 4c</u>

SGB V <u>§ 95 Abs. 9</u>

SGB V § 95 Abs. 9b

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 49 KA 508/17 Datum 20.02.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 KA 14/19 Datum 30.03.2022

3. Instanz

Datum -

Â

- I. Die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts $M\tilde{A}^{1}/_{4}$ nchen vom 20. Februar 2019 wird zur $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ckgewiesen.
- II. Der Beklagte sowie die Beigeladene zu 3) tragen die Kosten des Berufungsverfahrens mit Ausnahme der notwendigen au̸ergerichtlichen Kosten des Klägers zu 2) jeweils zur Hälfte. Im ̸brigen sind Kosten der Beigeladenen nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die Zuordnung einer Anstellungsgenehmigung streitig.

Mit bestandskrĤftigem Beschluss vom 21.05.2014 erteilte der Zulassungsausschuss für Ã∏rzte (ZA) dem Kläger zu 2), der zu diesem Zeitpunkt als zugelassener Facharzt fýr Pathologie Mitglied einer Berufsausübungsgemeinschaft (BAG), der Beigeladenen zu 3), war, die Genehmigung zur BeschĤftigung der Beigeladenen zu 4), einer FachĤrztin für Pathologie, als angestellte Ã\(\text{Trztin am Vertragsarztsitz D mit einem}\) TÃxtigkeitsumfang von 40 Wochenstunden (Bedarfsplanungsanrechnungsfaktor 1,0). In dem Planungsbereich seien ZulassungsbeschrÄxnkungen fļr die Arztgruppe der Pathologen angeordnet. Es handle sich um eine Nachbesetzung für einen zum 30.09.2013 ausgeschiedenen, als angestellter Arzt tätigen Pathologen. Unter â∏Hinweiseâ∏ ist u.a. ausgeführt, unter welchen Voraussetzungen eine Umwandlung einer Anstellung nach <u>§ 95 Abs. 9b SGB V</u> in eine Zulassung in Betracht kommt, dass mit dem Ende der Zulassung des anstellenden Vertragsarztes auch die Rechte und Pflichten des angestellten Arztes (insbesondere zur Teilnahme an der ambulanten vertragsĤrztlichen Versorgung) aus der hier erteilten Genehmigung entfallen und dass eine etwaige Nachbesetzung der vorliegend genehmigten Arztstelle der vorherigen Genehmigung des Zulassungsausschusses bedarf. Â

Nachdem der Kläger zu 2) den BAG-Vertrag zum 31.12.2016 gekündigt hatte, beantragte er am 17.05.2016 beim ZA die Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens nach § 103 Abs. 3a i.V.m. Abs. 4 SGB V. Er verfüge am Vertragsarztsitz über eine Vollzulassung. Beantragt werde eine Vollausschreibung. Die Beendigung sei zum 31.12.2016 wegen einer beruflichen Neuorientierung geplant. Als Praxisbesonderheit war angegeben, dass eine BAG bestehe und die â∏Praxisübergabe inclusive einem zweiten Pathologensitz im Anstellungsverhältnisâ∏ erfolgen solle. Es werde der Verzicht auf die Zulassung unter der Bedingung erklärt, dass ein Nachfolger zugelassen werde. Â

Mit Beschluss vom 15.06.2016 gab der ZA dem Antrag des Klägers zu 2) â∏auf Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens (Praxisbesonderheit: Angestellte Ã∏rztin J) nach §103 Abs. 3a S.1 i.V.m. Abs. 4 S. 1 SGB Vâ∏ für den Vertragsarztsitz in D statt. BezÃ⅓glich dieses Beschlusses ist unter dem Aktenzeichen S 49 KA 97/17 eine am 14.03.2017 von der Beigeladenen zu 3) erhobene, auf Antrag der Beteiligten ruhend gestellte, Fortsetzungsfeststellungsklage anhängig.

Am 01.07.2016 schrieb die Beigeladene zu 5) die Praxis fÃ 1 /4r Pathologie des KlÃ 1 gers zu 2) mit einer Bewerbungsfrist bis zum 15.07.2016 im Bayerischen Staatsanzeiger aus. Als Praxisbesonderheit war angegeben: â 1 H, angestellte Ã 1 rztin (40 Stunden/ Woche)â 1 L. Mit Schreiben vom 04.07.2016 bewarb sich die KlÃ 1 gerin zu 1), TrÃ 1 gerin eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) mit Sitz in A, um die ausgeschriebene pathologische Zulassung inklusive Anstellungsgenehmigung, die vom MVZ Ã 1 /4bernommen werden sollten. Das MVZ solle fÃ 1 /4r 4 Pathologen, u.a. den KlÃ 1 ger zu 2) und die Beigeladenen zu 1) und 2) Anstellungsgenehmigungen erhalten.

Mit Antrag vom 08.08.2016 beantragte die Klägerin zu 1) die Genehmigung zur

Beschäftigung des Klägers zu 2) als angestelltem Arzt mit einem Beschäftigungsumfang von 31 Wochenstunden ab dem 01.01.2017; mit weiteren Anträgen beantragte sie die Genehmigung zur Beschäftigung der Beigeladenen zu 1) und 2) ab 01.01.2017 mit einem Beschäftigungsumfang von jeweils elf Wochenstunden im Rahmen der Ã□bernahme des im Bayerischen Staatsanzeiger ausgeschriebenen Vertragsarztsitzes des Klägers zu 2).

Mit Schreiben vom 01.09.2016 beantragte ein Mitglied der Beigeladenen zu 3) die Genehmigung zur BeschĤftigung der Beigeladenen zu 4) ab dem 01.10.2016 mit einem BeschĤftigungsumfang von 40 Wochenstunden am Vertragsarztsitz der BAG im Rahmen der Ä \square bernahme des im Bayerischen Staatsanzeiger ausgeschriebenen Vertragsarztsitzes des KlAugers zu 2). Bedingt durch eine InformationslAucke im Juli sei der Termin zur Bewerbung Aubersehen worden.

Mit bestandskräftigem Beschluss vom 20.09.2016 wurde der Klägerin zu 1) vom ZA die Genehmigung zur Beschäftigung des Klägers zu 2) als angestelltem Arzt im MVZ am Vertragsarztsitz in A mit einem Tätigkeitsumfang von 31 Wochenstunden zur Fortführung der ausgeschriebenen Praxis des Klägers zu 2) ab 01.01.2017 erteilt. Mit weiteren Beschlþssen vom 20.09.2016 stellte der ZA fest, dass die Zulassung des Klägers zu 2) am Vertragsarztsitz in D und die Mitwirkung des Klägers zu 2) in der BAG der Beigeladenen zu 3) jeweils zum 31.12.2016 enden.

Die AntrĤge der KlĤgerin zu 1) auf Genehmigung zur BeschĤftigung der Beigeladenen zu 1) und 2) im MVZ mit einem TĤtigkeitsumfang von jeweils elf Wochenstunden (Bedarfsplanungsanrechnungsfaktor 0,5) zur FortfĽhrung der ausgeschriebenen Praxis des KlĤgers zu 2) ab 01.01.2017 lehnte der ZA in Ziffern 1 und 2 eines weiteren â∏ hier streitgegenstĤndlichen â∏ Beschlusses vom 20.09.2016 hingegen ab. In Ziffer 3 dieses Beschlusses wurde der Antrag der Beigeladenen zu 3) auf Genehmigung zur BeschĤftigung der Beigeladenen zu 4) als angestellte Ä∏rztin in der H mit 40 Wochenstunden zur Fortfļhrung der ausgeschriebenen Praxis des KlĤgers zu 2) ab 01.01.2017 abgelehnt. In Ziffer 4 des Beschlusses wurde festgestellt, dass die mit Beschluss vom 21.05.2014 gegenüber dem KlĤger zu 2) erteilte Genehmigung zur Anstellung der Beigeladenen zu 4) mit einer Arbeitszeit von 40 Wochenstunden tatsächlich der Beigeladenen zu 3) zuzuordnen sei und unverändert fortbestehe.

Mit Schreiben vom 11.11.2016 legten die Kläger zu 1) und 2) Widerspruch ein und beantragten die Aufhebung der Ziffern 1, 2 und 4 des Beschlusses. Die Ansicht des ZA, der Kläger zu 2) sei nicht berechtigt gewesen, über die Anstellungsgenehmigung zu verfügen, sei rechtswidrig und unzutreffend. Diese sei innerhalb der BAG seit jeher dem Kläger zu 2) zugeordnet gewesen, dieser sei in gesellschaftsrechtlicher Hinsicht unbeschränkt verfügungsberechtigt. Etwas Anderes ergebe sich auch nicht aus einer im Beschluss zitierten Entscheidung des Bundessozialgerichts (BSG, Urteil vom 04.05.2016, <u>B 6 KA 24/15 R</u>). Die Feststellung in Ziffer 4 des angegriffenen Beschlusses könne und dürfe nicht den längst bestandskräftigen Bescheid des ZA vom 21.05.2014 über die Anstellungsgenehmigung ändern. Entgegen der Ansicht des ZA hätte es

vorliegend auch keiner Umwidmung der Anstellungsgenehmigung in eine Zulassung gemĤÄ∏ <u>§ 95 Absatz 9b SGB V</u> bedurft.

Die Beigeladene zu 3) erhob keinen Widerspruch gegen die BeschlA¹/₄sse des ZA vom 20.09.2016. Zu den Widersprüchen der Kläger nahm deren BevollmAxchtigte Stellung und vertrat die Ansicht, dass ein Nachbesetzungsverfahren bezüglich der genehmigten Anstellung nie eingeleitet worden sei. Die erforderliche Umwandlung in eine Zulassung habe nicht stattgefunden. Auch sei der Bescheid vom 15.06.2016 zur Durchfļhrung eines Nachbesetzungsverfahrens auf Antrag des KlAzgers zu 2) wegen der beim Gericht anhĤngigen Fortsetzungsfeststellungsklage nicht bestandskrĤftig. Weder die Beigeladene zu 3) noch die Beigeladene zu 4) hÃxtten von der Ausschreibung gewusst, die Anzeige im Bayerischen Staatsanzeiger habe man nicht gesehen. Dem ZA sei aber noch innerhalb der Bewerbungsfrist ein Schreiben der anwaltlich nicht beratenen Beigeladenen zu 3) zugegangen, mit der diese Hilfe in der â∏misslichen Lageâ∏ erbeten habe. Erst am 26.08.2016 sei die Beigeladene zu 3) mündlich über die Ausschreibung informiert worden, umgehend sei dann eine Bewerbung zur Genehmigung einer BeschÄxftigten erfolgt. Die Anstellungsgenehmigung sei nicht dem einzelnen Mitglied der BAG erteilt worden, der Verbleib in der BAG werde durch das Ausscheiden eines Mitglieds nicht in Frage gestellt. Auf Grundlage der Entscheidung des BSG habe der ZA auf Antrag der Beigeladenen zu 3) in nicht zu beanstandender Weise deklaratorisch festgestellt, dass die Anstellungsgenehmigung betreffend die Beigeladene zu 4) der Beigeladenen zu 3) zuzuordnen sei.

Â

Mit Beschlüssen vom 24.05.2017 reduzierte der ZA ab 01.07.2017 die Genehmigung der Klägerin zu 1) zur Beschäftigung des Klägers zu 2) in dem MVZ von 31 Wochenstunden auf 20 Wochenstunden (Bedarfsplanungsanrechnungsfaktor 0,5) und erteilte der Klägerin zu 1) die Genehmigung zur Beschäftigung der Beigeladenen zu 1) und 2) mit einem Tätigkeitsumfang von jeweils 5 Wochenstunden (Bedarfsplanungsanrechnungsfaktor 0,25).

Mit Beschluss vom 29.06.2017 (Bescheid vom 01.08.2017) wies der Beklagte die Widersprüche der Kläger zu 1) und 2) als sachlich unbegrþndet zurþck. Die Zuordnung eines angestellten Arztes zu einem einzelnen Arzt einer BAG habe zum Zeitpunkt des Beschlusses des ZA vom 21.05.2014 der gängigen Verwaltungspraxis entsprochen. Die Frage, ob die Genehmigung für die Anstellung eines Arztes in einer BAG einem der Mitglieder der BAG oder der BAG selbst zu erteilen ist, sei gesetzlich nicht geregelt. Mit Urteil vom 04.05.2016 habe das BSG jedoch entschieden, dass eine Anstellungsgenehmigung nur der BAG und nicht dem einzelnen Vertragsarzt als Mitglied der BAG zustehen könne. Der dem Beklagten vorliegende Arbeitsvertrag von 24.01.2014, der die Anstellung der Beigeladenen zu 4) regle, und der Entscheidungsgrundlage bei Erteilung der Anstellungsgenehmigung gewesen sei, sei nicht nur mit dem Kläger zu 2) geschlossen worden, sondern zwischen der Beigeladenen zu 4) und allen Mitgliedern der Beigeladenen zu 3), die alle einzeln den Vertrag unterschrieben hätten. Dies sei als ausschlaggebendes Indiz dafþr zu werten, dass auch schon

zum damaligen Zeitpunkt die Anstellungsgenehmigung der Beigeladenen zu 3) und nicht einem einzelnen Vertragsarzt, hier dem KlAzger zu 2), zugeordnet werden sollte. Die Rechtszuweisung der Genehmigung sei auch konkret mit Bezug zum Sitz der BAG erfolgt. Der Tenor der bestandskrÄxftigen Anstellungsgenehmigung werde nicht nachtrĤglich uminterpretiert. Das BSG habe in einer Entscheidung gegen Ende 2016 nochmals ausführlich den Charakter einer BAG als Einheit herausgearbeitet. Dieser Charakter einer BAG als Einheit stehe der Annahme, die KIägerin zu 1) bzw. der KIäger zu 2) könne, als Grundlage für eine andere Sichtweise zur konkreten Frage, Vertrauensschutz reklamieren, entgegen. Zulassungsrechtlich stehe die Anstellungsgenehmigung der Beigeladenen zu 3) zu, was seit dem Urteil des BSG vom 04.05.2016 gelte, so dass der KlAzger zu 2) nicht alleine über sie verfügen und sie damit auch nicht auf das MVZ der Klägerin zu 1) übertragen könne. Hinzu komme, dass eine genehmigte Anstellung zuerst in eine Zulassung umgewandelt werden mýsse, bevor der anstellende Vertragsarzt die DurchfÄ1/4hrung eines Nachbesetzungsverfahrens nach § 103 Abs. 4 SGB V beantragen könne.

Gegen diesen Bescheid des Beklagten haben die KlĤger am 23.08.2017 Klage zum Sozialgericht Mýnchen (SG) erhoben. Sie haben vorgetragen, die Zuordnung von je einer Anstellungsgenehmigung auf den KlĤger zu 2) und einen anderen Gesellschafter der Beigeladenen zu 3) sei erfolgt, um die Anstellungsgenehmigungen, die fÃ1/4r den ideellen Wert der Gesellschaft ma̸geblich gewesen seien, gerecht zu verteilen und im Falle einer Trennung jeweils über eine Vertragsarztzulassung und eine Anstellungsgenehmigung zu verfügen. Für den Fall der Kündigung habe der BAG-Vertrag ein Anwachsen der Gesellschaftsanteile des ausscheidenden Gesellschafters und die Fortfļhrung der Gesellschaft durch die verbleibenden Gesellschafter vorgesehen. Keinerlei Regelung habe der Vertrag dafýr vorgesehen, dass der ausscheidende Gesellschafter eine Vertragsarztzulassung und eventuell daran h\tilde{A}\tilde{x}ngende Anstellungsgenehmigungen in der Gesellschaft belassen mýsste. Unzutreffend sei die Ansicht des Beklagten, der KlAzger zu 2) sei nicht berechtigt gewesen, A¼ber die Anstellungsgenehmigung zur verfÄ¹/₄gen und die ErklĤrungen auf Nachbesetzung der Stelle hÄxtten nur gemeinschaftlich mit den Gesellschaftern der Beigeladenen zu 3) abgegeben werden kA¶nnen. Auch die Tatsache, dass der Anstellungsvertrag mit der Beigeladenen zu 4) mit der BAG abgeschlossen worden sei, Äxndere nichts an der eindeutigen kassenarztrechtlichen Zuordnung der Anstellungsgenehmigung an den KlAzger zu 2). NatA¼rlich sei innerhalb der BAG Konsens gewesen, dass die wirtschaftliche Zuordnung der angestellten ̸rztin bei der BAG zu erfolgen habe, solange der Genehmigungsinhaber dort Gesellschafter war und die erwirtschafteten Einnahmen der genehmigten ̸rztin der BAG zuflossen, nicht jedoch nach einem Ausscheiden des KlĤgers zu 2) aus der BAG. Auch in zulassungsrechtlicher Hinsicht sei der Kläger zu 2) verfä\(^1\)4gungsberechtigt gewesen. Der Antrag auf DurchfÄ1/4hrung des Nachbesetzungsverfahrens sei gemäÃ∏ § 103 Abs. 4 SGB V nur vom Kläger zu 2) selbst und nicht auch von der BAG oder anderen BAG-Mitgliedern oder mit Genehmigung der Beigeladenen zu 4) zu stellen gewesen. Davon, dass die Anstellungsgenehmigung dem KIÄxger zu 2) und nicht der BAG zugeordnet war, seien auch die Beigeladene zu 5) und der ZA selbst ausgegangen. Der ZA habe das Nachbesetzungsverfahren in Kenntnis der

dazugehA¶rigen Anstellungsgenehmigung genehmigt, die Anstellungsgenehmigung sei im Beschlusstenor ausdrücklich enthalten. Auch habe die Beigeladene zu 5) die Praxis des KlĤgers zu 2) und die Angestelltenstelle ausgeschrieben und zur Bewerbung für Interessenten freigegeben, das Nachbesetzungsverfahren sei betreffend â∏zwei Zulassungenâ∏ geführt worden. Die Klägerin zu 1) habe sich im Vertrauen auf den Bestand und auf die tatsAxchliche und rechtliche Möglichkeit der Ã∏bernahme der Vertragsarztzulassung nebst Anstellungsgenehmigung in Abstimmung mit dem KlAxger zu 2) und mit den Beigeladenen zu 1) und 2) beworben. Nachdem sich weder die Beigeladene zu 3) noch die Beigeladene zu 4) auf die ausgeschriebene Vertragsarztzulassung mit Anstellungsgenehmigung beworben h\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)tten, habe der ZA in Ziffer 3 des Beschlusses vom 20.09.2016 korrekt festgestellt, dass der Antrag der Beigeladenen zu 3) auf Anstellungsgenehmigung der Beigeladenen zu 4) abgelehnt werde. Dieser Beschluss sei weder von den KlĤgern noch von der Beigeladenen zu 3) angefochten worden und sei damit rechtskrÄxftig geworden. Erst nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens und nach dem Urteil des BSG vom 04.05.2016 seien die Auffassungen entstanden, die BAG sei Inhaber der Anstellungsgenehmigung und die von der Beigeladenen zu 5) empfohlene und mit rechtskrĤftigem Beschluss vom 15.06.2016 beschlossene Ausschreibung hAxtte nicht stattfinden dA¼rfen, es hÃxtte erst eine Umwandlung der Anstellungsgenehmigung in eine Vertragsarztzulassung vorgeschaltet werden mýssen und der Kläger zu 2) habe gesellschafts- und arbeitsrechtlich nicht ýber die Anstellungsgenehmigung verfügen können. Dies sei jedoch nicht richtig. Der rechtskräftige Beschluss vom 21.05.2014 könne nicht im Nachhinein umgedeutet werden. Mit diesem sei ausschlie̸lich dem Kläger zu 2) die Anstellungsgenehmigung erteilt worden, wohl wissend, dass der KlĤger zu 2) zu diesem Zeitpunkt Gesellschafter der BAG gewesen sei und die angestellte Beigeladenen zu 4) arbeitsrechtlich dort einen Anstellungsvertrag unterzeichnet hatte und ihre Entlohnung enthalten sollte. Bei dieser Zuordnung der Anstellungsgenehmigung an den KlAzger zu 2) im Beschluss vom 21.05.2014 habe es sich um einen begünstigenden rechtmäÃ∏igen Verwaltungsakt gehandelt, auf dessen Bestand der KlÄger zu 2) vertraut habe. Dieser Verwaltungsakt habe ihm nicht durch nachtrĤgliche Umdeutung entzogen werden kA¶nnen, dieser Beschluss sei weder nichtig, noch fehlerhaft, rechtswidrig und rýcknehmbar oder widerrufbar gewesen. Auch stünden erhebliche Vertrauensschutzgesichtspunkte betreffend beide Kläger entgegen. SchlieÃ∏lich habe auch das BSG in seiner Entscheidung vom 04.05.2016 nicht rückwirkend bestandskrÄxftige Anstellungsgenehmigungen umqualifiziert oder dies ermĶglicht. Auch einer vorherigen Umwandlung der Anstellungsgenehmigung, die dar A¼ber hinaus ohnehin nur ein formeller Akt gewesen wĤre, habe es nicht bedurft. Auch wenn eine Umwandlung und Ausschreibung beantragt worden wAxre, hAxtte dies nichts geĤndert, die KlĤgerin zu 1) wĤre die einzige Bewerberin gewesen, die sich form- und fristgerecht auf die ausgeschriebenen Sitze beworben hÄxtte. Es sei auch zu berücksichtigen, dass zum einen die Beigeladene zu 5) zu diesem Verfahren geraten habe. Zum anderen habe der ZA die Ausschreibung der Zulassung nebst Anstellungsgenehmigung mit bestandskrĤftigem Bescheid von 15.06.2016 genehmigt, eine etwaig versÄxumte Umwandlung sei damit geheilt. Die Voraussetzungen für die Genehmigung der Anstellungen durch den ZA hÃxtten vorgelegen. TatsÃxchlich sei der KlÃxgerin zu 1) aufgrund der

streitgegenständlichen Entscheidung nichts anderes übrig geblieben, als eine vorübergehende Regelung dahin zu schaffen, die abgelehnten Beigeladenen zu 1) und 2) für die zulässige Höchstdauer von sechs Monaten als Sicherstellungsassistenten zu beschäftigen und ab 01.07.2017 die Anstellungsgenehmigung des Klägers zu 2) zu dessen Lasten von 31 Wochenstunden auf 20 Wochenstunden zu reduzieren und sich die Anstellung der Beigeladenen zu 1) und 2) mit je 10 Wochenstunden genehmigen zu lassen.

Der Beklagte hat ausgefļhrt, aus dem Gesetz und der Gesetzesbegrļndung zu § 95 Abs. 9b SGB V ergebe sich eindeutig, dass eine genehmigte Anstellung zuerst in eine Zulassung umgewandelt werden mýsse, bevor der anstellende Vertragsarzt die Durchfļhrung eines Nachbesetzungsverfahrens beantragen könne. Darauf sei auch im Beschluss des ZA vom 21.05.2014 unter â∏Hinweiseâ∏ ausdrücklich hingewiesen worden. Auch sei die Sichtweise des ZA nicht prĤgend fĽr die Frage der Richtigkeit des Bescheides des Beklagten. Die o.g. rechtliche Vorgabe sei unstreitig nicht erfļllt, die Umwandlung der Anstellung sei niemals beantragt und ein entsprechendes Nachbesetzungsverfahren nicht eingeleitet worden. Dem Begehren der Kläger kä¶nne also schon aus Rechtsgründen wegen insoweit durchschlagenden Verfahrensdefiziten â∏ es liege kein Antrag in einem antragsabhängigen Verfahren vor â∏ nicht entsprochen werden. Durch den angegriffenen Bescheid liege keine Rechtsverletzung vor, die Klage sei schon unzulÄxssig. Die KlÄxger verkenne den Charakter eines herkĶmmlich sogenannten gestuften Verwaltungsverfahrens. Die Umwandlung von Anstellung in Zulassung wÄxre, wenn erfolgt, ein materiellrechtlich eigenes, erstes Verfahren gewesen. Durch einen spĤter in Bestandskraft geratenen Verwaltungsakt, der sich laut Tenor gerade nicht mit der Umwandlung befasst, habe nicht überwunden werden können, dass es die Umwandlung als Stufe 1) nicht gegeben habe und nicht gebe. Die im ZA-Bescheid gewäxhlte Formulierung Axndere daran nichts. Die Existenz eines Verwaltungsakts der Stufe 2 (Nachbesetzung) ändere am Fehlen eines Antrages auf Umwandlung und am Fehlen eines Sachausspruchs auf (vorher beantragte) Umwandlung nichts. Die klĤgerseits erwĤhnten Vertrauensschutzgesichtspunkte kĶnnten im Statusverfahren jedenfalls nicht dazu herhalten, nicht vorhandene und nach materiellem Recht erforderliche vorgelagerte RechtsĤnderungen zu fingieren. Was die RechtszustĤndigkeit betreffend die Status-Zuweisung Angestelltengenehmigung betreffe, sei die Ķffentlich-rechtliche Statuszuweisung kein VermĶgen. Im angefochtenen Bescheid sei die Tatsache des Arbeitsvertrages zwischen der Beigeladenen zu 4) und der Beigeladenen zu 3) als ma̸gebliches Faktum fýr die Zuordnung der Statuszuweisung zur Beigeladenen zu 3) beurteilt worden. Es sei der für die rechtliche Beurteilung prägende Gesichtspunkt ausgeführt, dass die Rechtszuweisung konkret für den Praxisstandort der Beigeladenen zu 3) zustande gekommen sei. Deshalb greife auch der Gesichtspunkt der KlÄxger nicht, der mit Bezug zu Person und mit Bezug zu rÄxumlicher Zuordnung bestandskrĤftig gewordene Tenor der Anstellungsgenehmigung werde nachtrĤglich uminterpretiert. Schon deshalb kĶnnten die KlĤger keinen Vertrauensschutz geltend machen. Die Anstellungsgenehmigung sei der Beigeladenen zu 3) insgesamt zugeordnet gewesen, so dass die KlĤger nicht alleine über sie hÃxtten verfügen können und deshalb hÃxtte die

Anstellungsgenehmigung als Statuszuweisung auch nicht auf die Klägerin zu 1) als Trägerin einer Einrichtung MVZ übertragen werden können. In der Entscheidung des BSG vom 04.05.2016 sei nicht angeordnet worden, dass die neuen BSG-Erwägungen auf frühere Verwaltungsverfahren nicht anzuwenden wären. Das BSG differenziere sehr klar, wenn es Vertrauensschutz für Verwaltungsverfahren und/oder Gerichtsverfahren gewähren wolle, was vorliegend gerade nicht vorgesehen sei. Auch könne insbesondere nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) die Statuszuweisung Angestellten-Genehmigung nicht im Eigentum nach Art. 14 Grundgesetz (GG) enthalten und deshalb auch einer rechtsgeschäftlichen VeräuÃ \Box erung nicht zugänglich sein. Ein â \Box Mitwandernâ \Box der Angestelltenstelle mit der Zulassung könne deshalb weder mit Art. 14 GG noch sonst mit einem Fortführungsgedanken begrþndet werden.

Die Beigeladene zu 3) hat sich weitgehend der Rechtsauffassung des Beklagten angeschlossen. HĶchstvorsorglich werde die Behauptung der KlĤger, die Anstellungsgenehmigungen seien dem KlĤger zu 2) und einem weiteren Partner der BAG zugeordnet worden, um die Anstellungsgenehmigungen gerecht zu verteilen und im Falle einer Trennung jeweils über eine Vertragsarztzulassung und eine Angestelltengenehmigung zu verfÄ¹/₄gen, ausdrÄ¹/₄cklich bestritten, obwohl es hier auf die Frage der Zuordnung der Anstellungsgenehmigung gar nicht mehr ankomme. Eine vertragliche Vereinbarung im o.g. Sinn finde sich nicht im Gesellschaftsvertrag. Zwar sei die Anstellungsgenehmigung ursprļnglich dem KIäger zu 2) erteilt gewesen, aufgrund des besonders schutzwürdigen Status einer BAG sei die Anstellungsgenehmigung aber schon immer von der BAG-Genehmigung überlagert worden. Dem Kläger zu 2) werde auch keine Rechtsposition entzogen, dieser habe durch seinen freiwilligen Rýckzug aus der BAG der Anstellungsgenehmigung insoweit die Grundlage entzogen. Der KIÄxger zu 2) sei auch nicht im Hinblick auf Art. 14 GG schutzwürdig, er habe bei Ausscheiden aus der BAG sein Eigentum im Wert seines Gesellschaftsanteils durch eine hohe Abfindung von der BAG, die seinen Gesellschaftsanteil ýbernahm, vergütet bekommen. Diese Abfindung habe er gerade dafür erhalten, dass er den materiellen und immateriellen Wert seines Anteils, der durch die angestellten ̸rzte geprägt worden sei, in der BAG belassen habe. Durch die Abfindung habe er seinen Eigentumswert vollstĤndig realisiert, eine zweite Verwertung seiner Zulassung und der Arztstelle sei unter dem Aspekt des Eigentumsschutzes nicht gerechtfertigt. Schlie̸lich seien auch die Eigentumsinteressen der Beigeladenen zu 3) schutzwürdig.

Die Beigeladene zu 5) hat ausgeführt, es sei nicht richtig, dass die dem Kläger zu 2) erteilte Genehmigung zur Anstellung der Beigeladenen zu 4) tatsächlich der Beigeladenen zu 3) zuzuordnen sei und unverändert fortbestehe. Eine Rechtsgrundlage hierfür werde weder benannt, noch sei eine solche ersichtlich. Auch mit Blick auf das vom Beklagten in Bezug genommene Urteil des BSG vom 04.05.2016 könne eine Aufhebung der dem Kläger zu 2) für die Beigeladene zu 4) erteilte Anstellungsgenehmigung allenfalls nach § 48 Abs. 2 SGB X in Betracht kommen. Dies scheitere aber bereits daran, dass sich die von der Verwaltung abweichende nachträgliche Auslegung des Rechts durch das BSG vorliegend nicht

zu Gunsten des Berechtigten, des Klägers zu 2), auswirke. Abgesehen davon könne die vom Zulassungsausschuss in seiner Sitzung vom 20.09.2016 im Ergebnis vorgenommene Umwandlung einer einem einzelnen Vertragsarzt erteilten Anstellungsgenehmigung in eine Anstellungsgenehmigung zu Gunsten der BAG, in der dieser Vertragsarztpartner ist, nicht auf die Entscheidung des BSG vom 04.05.2016 gestützt werden. Jedenfalls spätestens seit der Entscheidung des BSG vom 25.01.2017 dürfte die Frage des Bestandsschutzes von bereits einzelnen Vertragsärzten erteilten Anstellungsgenehmigungen geklärt sein.

Entgegen der Auffassung des Beklagten kA¶nne eine Anstellungsgenehmigung gemeinsam mit der Vertragsarztpraxis im Rahmen des Praxisnachbesetzungsverfahrens übertragen werden. Es reiche aus, dass der Vertragsarzt nur einen Antrag auf Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens nach <u>§ 103 Abs. 3a Satz 1 SGB V</u> stelle. Eine etwaige positive Entscheidung des Zulassungsausschusses und das sich daran anschlie̸ende Praxisausschreibungsverfahren umfasse dann auch die dem Praxisabgeber aufgrund von Anstellungsgenehmigungen zugeordneten Arztstellen. Dies ergebe sich daraus, dass das Praxisnachfolgeverfahren nach § 103 Abs. 4 SGB V dem Eigentumsschutz (Art. 14 GG) des Vertragsarztes diene. Hiervon ausgehend fielen auch die Arztstellen, über die der Praxisinhaber aufgrund ihm erteilter Anstellungsgenehmigungen verfüge, in den Schutzbereich des Art. 14 GG. BestÃxtigt werde diese Auffassung durch ein Urteil des SG Marburg vom 14.01.2009 (S 12 KA 507/08); von einer Vielzahl namhafter Kommentatoren in der Literatur werde diese Einstellung geteilt. Dem stehe auch nicht entgegen, dass es an einer ausdrýcklichen Regelung fehle, die einen Anspruch auf Erteilung einer Anstellungsgenehmigung für den Praxisübernehmer vorsehe. Insoweit sei mit Blick auf den mit <u>§ 103 Abs. 4 SGB V</u> verbundenen Schutzzweck davon auszugehen, dass jedenfalls das in § 103 Abs. 4b S.3 SGB V normierte Nachbesetzungsrecht in den Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG falle und mit der Zulassung des Praxisnachfolgers auf diesen übergehe. Der Praxisnachfolger könne dann â∏∏ jedenfalls in analoger Anwendung des <u>§ 103 Abs. 4b Satz 3 SGB</u> V â∏ für sich entweder die Genehmigung für den bisher beim Praxisabgeber angestellten Arzt oder fýr einen anderen Arzt, den er auf der erworbenen Arztstelle beschĤftigen mĶchte, beantragen. Weiter sei es im Hinblick auf die Auffassung des Beklagten zwar zutreffend, dass <u>§ 95 Abs. 9b SGB V</u> einem Vertragsarzt die MĶglichkeit, eine Anstellungsgenehmigung zu verwerten, dergestalt erĶffne, dass der Inhaber der Anstellungsgenehmigung zunĤchst die Angestelltenstelle in eine Zulassung umzuwandeln habe, um dann anschlie̸end in einem zweiten Schritt die Durchfļhrung eines Nachbesetzungsverfahrens nach § 103 Abs. 4 SGB V zu beantragen. Dieses zweistufige Verfahren komme aber nur für den Fall zum Tragen, dass der Vertragsarzt, der Inhaber einer Anstellungsgenehmigung ist, diese Arztstelle zwar verwerten, aber seinerseits weiterhin im Rahmen seiner Zulassung vertragsÄxrztlich tÄxtig bleiben wolle. Der hier streitgegenstĤndliche Fall unterscheide sich von dieser Konstellation ganz erheblich dadurch, dass KlĤger zu 2) seine TĤtigkeit als Vertragsarzt beenden und in diesem Zusammenhang seine Vertragsarztpraxis in toto aufgeben, d.h. mit all ihren materiellen und immateriellen VermĶgenswerten in dem dafļr gesetzlich vorgesehenen Praxisübergabeverfahren verwerten wolle. In einer

solchen Konstellation gehĶre auch die dem Praxisabgeber erteilte Anstellungsgenehmigung oder zumindest das damit verbundene Nachbesetzungsrecht zur Gesamtheit der vermĶgensrelevanten Rechtspositionen, die der ausgeschriebenen Vertragsarztpraxis zuzuordnen und vom Schutzbereich des <u>§ 103 Abs.4 SGB V</u> umfasst seien. Gegen die Annahme, dass eine Angestellten-Arztstelle bei einer PraxisĽbergabe nur nach dem in <u>§ 95 Abs. 9b SGB V</u> vorgesehenen zweistufigen Verfahren verwertet werden kĶnne, spreche schlieÄ□lich auch, dass die Regelung des <u>§ 95 Abs.9b SGB V</u> erst zum 01.01.2012 in das SGB V aufgenommen worden sei.

Das SG hat mit Urteil vom 20.02.2019 auf die Klage der KlĤgerin zu 1) hin den Bescheid des Beklagten vom 01.08.2017 (Beschluss vom 29.06.2017) aufgehoben und den Beklagten verpflichtet, den AntrĤgen der KlĤgerin zu 1) auf Genehmigung zur BeschĤftigung der Beigeladenen zu 1) und 2) zur Fortfļhrung der ausgeschriebenen Praxis des KlĤgers zu 2) stattzugeben. Weiter hat das SG die Klage des KlĤgers zu 2) abgewiesen. Es hat dem KlĤger zu 2) die Kosten des Rechtsstreits zu 1/4, dem Beklagten und der Beigeladenen zu 3) zu jeweils zu 3/8 auferlegt und die Hinzuziehung eines BevollmĤchtigten im Vorverfahren durch die KlĤgerin zu 1) fļr notwendig erklĤrt.

Die Klagen seien zulĤssig. Die Klage der KlĤgerin zu 1) sei begrļndet. Die Klage des KlĤgers zu 2) sei demgegenļber als unbegrļndet abzuweisen, da dieser durch die rechtswidrige Entscheidung des Beklagten nicht in seinen subjektiven Rechten verletzt worden sei. Klagegegenstand sei vorliegend allein der Bescheid des Beklagten.

Da der KlĤgerin zu 1) mit rechtskrĤftigem Beschluss des ZA vom 20.09.2016 die Genehmigung zur BeschĤftigung des KlĤgers zu 2) als angestellter Arzt im MVZ, dessen Trägerin sie sei, zur Fortführung der ausgeschriebenen Praxis des KIägers zu 2) ab 01.01.2017 erteilt worden sei, habe sie als Nachfolgerin auch Anspruch auf Erteilung der streitgegenstĤndlichen Genehmigung zur BeschÄxftigung der Beigeladenen zu 1) und 2) mit einem TÄxtigkeitsumfang von jeweils 11 Wochenstunden im MVZ zur Fortführung der ausgeschriebenen Praxis des Klägers zu 2). Die streitige Anstellungsgenehmigung, die sich akzessorisch zu der von der Klägerin zu 1) gemäÃ∏ <u>§ 103 Abs. 4c SGB V</u> þbernommenen Zulassung des Klägers zu 2) verhalten habe, sei mit der Durchführung des Nachbesetzungsverfahrens gemĤÄ∏ <u>§ 103 Abs. 4 SGB V</u> für die Zulassung des Klägers zu 2) in dem Sinne mit zur Klägerin zu 1) â∏gewandertâ∏, dass diese einen Anspruch auf Genehmigung der Besetzung dieser Anstellung erworben habe. Anders als vom ZA in Ziffer 4 des Beschlusses vom 20.09.2016 festgestellt und vom Beklagten bestÄxtigt, sei der KlÄxger zu 2) im Zeitpunkt der Durchfļhrung des Nachbesetzungsverfahrens sowie der Entscheidung dar A¼ber Inhaber der streitigen Anstellungsgenehmigung, die Angestelltengenehmigung sei zu keinem Zeitpunkt der Beigeladenen zu 3) zugeordnet gewesen. Unstreitig habe der ZA am 21.05.2014 einen rechtskrĤftig gewordenen Beschluss gefasst, mit dem er dem KlĤger zu 2) die unbefristete Genehmigung zur BeschĤftigung einer Pathologin, der Beigeladenen zu 4), an seinem Vertragsarztsitz in D ab 01.07.2014 erteilt habe. Adressat dieser Genehmigung sei allein der KlĤger zu 2) und nicht die Beigeladene

zu 3), der Tenor dieses Beschlusses sei insoweit eindeutig. Auch in den Gründen des Beschlusses sei lediglich auf den KlĤger zu 2) abgestellt worden, die Beigeladene zu 3) sei weder erwĤhnt worden, noch sei aus dem Beschluss ersichtlich, dass der KlĤger zu 2) zum Zeitpunkt des Beschlusses überhaupt Mitglied einer BAG gewesen sei bzw. die angestellte ̸rztin in einer BAG tätig habe werden sollen. Eine Auslegung des insoweit eindeutigen Beschlusses sei nach Ansicht der Kammer nicht mA¶glich, eine Rechtsgrundlage hierfA¼r nicht ersichtlich. Etwas Anderes ergebe sich auch nicht aus dem von allen Beteiligten zitierten Urteil des BSG vom 04.05.2016 (B 6 KA 24/15 R). Das BSG habe in diesem Urteil zwar die Ansicht vertreten, dass eine Anstellungsgenehmigung grundsÄxtzlich nur einer BAG und nicht dem einzelnen Vertragsarzt als Mitglied einer BAG zustehen könne. Entgegen der Ansicht des Beklagten und unabhängig von der Frage, welche Auswirkungen dies überhaupt hÃxtte, treffe dieses Urteil aber jedenfalls keine Aussage zu bestandskrĤftigen, anderslautenden Anstellungsgenehmigungen, die, wie vorliegend, einzelnen VertragsĤrzten erteilt worden seien. Wie die Beigeladene zu 5) darlege, stelle das BSG vielmehr in einem späteren Urteil vom 25.01.2017, <u>B 6 KA 6/16 R</u>, in anderem Zusammenhang klar, dass bereits erteilte, bestandskrÄxftige Genehmigungen nicht in Frage gestellt würden. Auch der Antrag des Klägers auf bzw. die tatsächliche Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens nach <u>§ 103 Abs. 4 SGB V</u> und das damit einhergehende Ausscheiden des KlĤgers aus der BAG der Beigeladenen zu 3) habe nicht dazu gefÃ1/4hrt, dass die streitige Anstellungsgenehmigung der Beigeladenen zu 3) zuzuordnen wäre. Da die Beigeladene zu 3), wie ausgeführt, zu keinem Zeitpunkt Inhaberin der Anstellungsgenehmigung gewesen sei, habe diese beim Ausscheiden des Klägers zu 2 auch nicht in der BAG â∏verbleibenâ∏ können, wie das BSG in der Entscheidung vom 04.05.2016 andeute. Auch eine ̸bertragung der Genehmigung auf die Beigeladene zu 3) habe ersichtlich nicht stattgefunden, vielmehr sei der Antrag der Beigeladenen zu 3 auf Genehmigung der Anstellung der Beigeladenen zu 4) in Ziffer 3 des Beschlusses des Zulassungsausschusses vom 20.09.2016 rechtskrÄxftig abgelehnt worden.

Die streitige Angestelltenstelle sei aufgrund des Verzichts des KlAzgers zu 2) auf seine Zulassung auch nicht gemĤÃ∏ <u>§ 39 Abs. 2 SGB X</u> erloschen oder habe sich anderweitig erledigt, wie der zwingende Zusammenhang zwischen der Zulassung des KlĤgers und der Angestelltengenehmigung nahelegen kĶnnte. Der KlĤger zu 2) habe vielmehr nur unter der Bedingung der Zulassung eines Nachfolgers auf seinen Vertragsarztsitz verzichtet und der Vertragsarztsitz des KIĤgers sei durch die Entscheidung des ZA vom 20.09.2016 gemäÃ∏ § 103 Abs. 4 und Abs. 4c SGB V auch nicht â∏⊓untergegangenâ∏, sondern sei auf die Klägerin zu 1) übertragen und von dieser als Anstellung weitergeführt worden. Die Zulassung des KlAxgers zu 2) existiere damit in anderer Form weiter, allein durch die Weiterführung der ursprünglichen Zulassung als Anstellung im MVZ sei die daran hängende Anstellung nicht untergegangen. Aufgrund der in der Gesetzessystematik angelegten zwingenden Verbindung der streitigen Angestelltenstelle mit der von der KlAzgerin zu 1) A¼bernommenen Zulassung des KIägers zu 2) habe die KIägerin zu 1), wie im Beschluss des ZA vom 15.06.2016 über die Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens beschrieben und von der Beigeladenen zu 5) im Bayerischen Staatsanzeiger ausgeschrieben, auch einen

Anspruch auf Genehmigung zur Anstellung auf einer Pathologenstelle â∏erworbenâ∏∏. Zu begründen sei dies, wie von der Beigeladenen zu 5) ausführlich dargelegt, laut der Rechtsprechung (SG Marburg vom 14.01.2009, S 12 KA 507/08) und soweit ersichtlich der Literatur (Kremer/Wittmann, Vertragsärztliche Zulassungsverfahren, 3. Auflage, Rn.1498; Bäune/Meschke/RothfuÃ∏, Kommentar zur Zulassungsverordnung fþr VertragsÃxrzte und VertragszahnÃxrzte, § 32b Rn.6; Kirchhoff in BeckOK Sozialrecht, § 32b Ã∏rzte-ZV, 51. Edition, Rn.16) damit, dass die Vertragsarztpraxis, so wie sie mit den angestellten ̸rzten bestanden habe und mitgeprÄxgt worden sei, in den Schutzbereich des Art. 14 GG falle, der eben auch die Verwertungsinteressen des Praxisabgebers schA1/4tze. Auch mit den GrundsÄxtzen zur Fortfļhrung gewachsener Praxisstrukturen, die im Praxisnachfolgeverfahren zum Ausdruck kAmmen (Clemens in Schallen, Zulassungsverordnung, 9. Auflage 2018, § 32b Rn.72) stehe dies im Einklang, was auch in § 103 Abs. 4b S.3 SGB V, der nicht direkt anwendbar sei, seinen Ausdruck finde. Die Tatsache, dass das Gesetz keine ausdrückliche Regelung für dieses, nach der o.g. Rechtsprechung des BSG in Zukunft nicht mehr aktuelle Problem treffe, spreche nicht gegen den Erwerb der Anstellung durch die KlĤgerin zu 1).

Nicht gefolgt werden kA¶nne in diesem Zusammenhang der Ansicht des Beklagten, dass eine Verwertung bzw. â∏∏Mitnahmeâ∏∏ der Angestelltenstelle vorliegend ausschlieà lich im Wege des in <u>§ 95 Abs. 9b SGB V</u> normierten Verfahrens möglich sei. Weder der Gesetzeswortlaut noch die Gesetzesbegründung, in der darauf abgestellt werde, dass nach dem bis dahin geltenden Recht eine (Rýck-)Úmwandlung einer genehmigten Angestelltenstelle in einen eigenständigen Vertragsarztsitz nicht möglich gewesen sei, sprächen dafür, dass dieses Verfahren die einzige MA¶glichkeit darstellen solle, eine Angestelltenstelle zu verwerten. Auch das BSG spreche davon, diese Vorschrift sei â∏gleichsam als Gegenstück zu der Einbringung einer Zulassung in ein MVZâ∏∏ konzipiert worden (B 6 KA 6/18 B). Nicht ersichtlich sei damit, dass der Gesetzgeber mit dieser Vorschrift, über den Wortlaut hinaus, jegliche andere Verwertungsmöglichkeit einer Angestelltenstelle habe ausschlieÃ∏en wollen. Auch die vom Beklagten angeführten â∏Hinweiseâ∏ im Beschluss des ZA vom 21.05.2014 würden eine Ã∏bertragung der Angestelltenstelle wie vorliegend nicht ausschlie̸en. Wie der Beklagte ausführlich dargelegt habe, sei im vorliegenden Fall auch von keinem der Beteiligten ein Antrag nach § 95 Abs. 9b SGB V gestellt worden, was, wenn man der Ansicht des Beklagten folgen würde, zur Konsequenz hätte, dass die streitige Angestelltenstelle nicht mehr existent wäre. Der Klage der KlĤgerin zu 1), die mit der Nachfolgezulassung auf die Zulassung des KlĤgers zu 2) auch einen Anspruch auf Genehmigung einer Anstellung erworben habe, sei deshalb stattzugeben. Der Bescheid des Beklagten sei aufzuheben und der Beklagte zu verurteilen, dem Antrag der KlĤgerin zu 1) stattzugeben. Da es sich bei dem Anspruch auf Genehmigung einer Anstellung um einen gebundenen Anspruch handle und der ZA bereits die Anstellung der Beigeladenen zu 1) und 2) bei der Klägerin zu 1), wenn auch in geringerem Umfang, genehmigt hätte, woraus zu schlieà en sei, dass keine Anstellungshindernisse vorlà zen, sei der Beklagte zu verpflichten, die Anstellung zu genehmigen.

Der Beklagte hat am 09.04.2019, der KlÄger zu 2) am 02.05.2019 Berufung zum Bayerischen Landessozialgericht erhoben. Der Beklagte hat ausgefļhrt, das SG habe zu Unrecht der Klage der Klägerin zu 1) stattgegeben; es habe zutreffend die Anträge des Klägers zu 2) abgewiesen. Er hat gerügt, die Beigeladene zu 5) habe im Widerspruchsverfahren beantragt, die Widersprüche zurückzuweisen und habe sich demgegenļber im erstinstanzlichen Verfahren schriftsĤtzlich zugunsten der AntrÄxge der KlÄxger ausgesprochen. Zur Sache hat er vorgetragen, eine Anstellungsgenehmigung betreffend die Beigeladene zu 4) sei niemals Gegenstand eines Antrags und einer behĶrdlich gesetzten Rechtsfolge betreffend die Umwandlung der Anstellungsgenehmigung in eine selbstĤndige Zulassung gewesen. Eine solche Umwandlung hÄxtte aber stattfinden mÄ1/4ssen, bevor der ehemals anstellende Vertragsarzt die Durchfļhrung eines Nachbesetzungsverfahrens h\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)tte rechtswirksam durchf\(\tilde{A}\)\(^1\)\(^1\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{n}\) nnen. Die zitierte Entscheidung des SG Marburg sei nicht einschlägig, weil es mit der Einfýhrung von § 95 Abs.9b SGB V zu einer wesentlichen Rechtsänderung gekommen sei. Das SG habe nicht beachtet, dass vor Einleitung eines Praxisnachfolgeverfahrens eine Umwandlung hĤtte erfolgen müssen. Es handle sich insofern um ein materiell gestuftes Verwaltungsverfahren. Im Bescheid vom 16.05.2016 finde sich auch das Wort â∏∏Anstellungsgenehmigungâ∏∏ nicht. Der Bescheid enthalte weder einen Sachausspruch noch eine inzidente Umwandlung. Die Existenz eines Verwaltungsaktes auf Stufe 2 Axndere nichts am Fehlen des Sachausspruchs auf vorher beantragte Umwandlung. Vertrauensschutzgründe infolge behaupteter Belehrung durch A¶ffentliche Bedienstete seien nicht ersichtlich. Eine Umwandlung einer Genehmigung in eine Zulassung kanne auch nicht fingiert werden.

Die neuere Rechtsprechung des BSG (Urteil vom 25.10.2017, <u>B 14 AS 9/17 R</u>, folgend der Rechtsprechung des BVerwG, Urteil vom 05.11.2009, <u>4 C 3.09</u>) stýtze uneingeschrĤnkt die Sichtweise des Beklagten. Zugrunde liege dabei, dass es sich um ein gestuftes Verwaltungsverfahren handle. Weder im Tenor noch in der Begründung des Bescheides des ZA vom 15.06.2016 habe es die notwendige Umwandlung in eine Zulassung gegeben. Damit sei ein â∏denkbares Berührtseinâ∏ der Kläger in eigenen Rechten ausgeschlossen. Ohne Umwandlung auf Stufe 1 habe es bei jeweils streng antragsabhängigen Verwaltungsverfahren kein Nachfolgeverfahren gegeben. Fingierte Anträge gebe es insofern nicht. Im Ã∏brigen seien die Kläger nicht befugt, eine etwaige nur objektive Verfehlung der Rechtslage zu rügen. Seit Anfang 2012 sei die Rechtslage konkret geregelt, ein Behelfsweg aus der Zeit bis 2011 sei nicht mehr anzuwenden. Auch das BSG anerkenne die gesetzlich vorgegebene, gestufte Verwaltungsverfahren im vertragsarztrechtlichen Statusrecht (vgl. Urteil vom 12.02.2020, <u>B 6 KA 19/18 R</u>). Â

Der BevollmĤchtigte der KlĤger zu 1) und 2) hat ausgefļhrt, die Beigeladene zu 5) habe sich im erstinstanzlichen Verfahren zu Recht der Ansicht der KlĤger angeschlossen. Sowohl der KlĤger zu 2) als auch die KlĤgerin zu 1) seien durch die Entscheidung des Beklagten in eigenen Rechten verletzt. Die Ausfľhrungen des Beklagten zum materiell gestuften Verwaltungsverfahren ļberzeugten nicht. § 95 Abs. 9b SGB V sei fľr das vorliegende Verfahren irrelevant. Der Norm sei

nicht zu entnehmen, dass eine Umwandlung in eine Zulassung rechtlich notwendig wĤre, damit der anstellende Arzt ein Nachbesetzungsverfahren wirksam beantragen kA¶nne. Es sei dem SG Marburg in seinem Urteil vom 14.01.2009 zu folgen, nach dem Anstellungsgenehmigungen Gegenstand des Nachbesetzungsverfahrens seien und zusammen mit dem Vertragsarztsitz des abgebenden Arztes an den Nachfolger übertragen werden könnten. Ein Antrag liege vor, die KlA¤gerin zu 1) habe die Genehmigung zweier Ã∏rzte auf die Angestelltenstelle beantragt. Es sei zwar richtig, dass der KlĤger zu 2) bei Ausscheiden aus der BAG eine Abfindung erhalten habe, dies sei gesellschaftsrechtlich üblich, habe aber mit dem vorliegenden Verfahren nichts zu tun. Es habe sich damit nicht das grundrechtlich geschA¼tzte Eigentumsrecht nach Art. 14 GG erledigt. Die dem KlĤger zu 2) als Adressaten zustehende Anstellungsgenehmigung falle wie die Zulassung in den Schutzbereich des Art. 14 GG. Die Anstellungsgenehmigung habe sich auch nicht durch den Verzicht auf die Zulassung â∏erledigtâ∏. Der Kläger habe unter der Bedingung der Nachfolge verzichtet, die Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erin zu 1) habe die Zulassung im Zuge des Nachbesetzungsverfahrens ýbernommen. Daran ändere die Tatsache nichts, dass die Zulassung formell als Anstellung fortgefA1/4hrt worden sei. Auch aus den zitierten Urteilen des BSG vom 11.10.2017, B 6 KA 27/16 R, und vom 12.02.2020, B 6 KA 19/18 R, ergebe sich nichts Anderes. Â

Die Beigeladene zu 5) hat ausgeführt, es stehe ihr grundsätzlich frei, den Sachverhalt im Klageverfahren nochmals zu würdigen und eine abweichende rechtliche Auffassung zu vertreten. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass nach der Rechtsprechung des BSG (B 6 KA 6/16 R) persönlich erteilte Anstellungsgenehmigungen Bestandsschutz genie̸en würden und nicht, wie vom Beklagten vollzogen, von Amts wegen der BAG zugeordnet werden kA¶nnten. Den AusfÄ1/4hrungen des Beklagten, dass eine Anstellungsgenehmigung ausschlieÄ

lich im Rahmen eines zweistufigen Verwaltungsverfahrens auf einen Nachfolger übertragen werden könne, sei nicht zu folgen. Es bestehe gem. § 95 Abs. 9b SGB V zwar die Möglichkeit der Umwandlung einer Anstellungsgenehmigung in eine Zulassung und eines nachfolgenden Nachbesetzungsverfahrens. Dies sei jedoch nicht die einzige MA¶glichkeit der ̸bertragung einer Anstellungsgenehmigung. Dies ergebe sich aus der Gesetzesbegründung. Sinn und Zweck der Regelung sei u.a. dem Vertragsarzt die Möalichkeit zu geben, eine nicht mehr benötigte Arztstelle im Zuge des Nachbesetzungsverfahrens nach <u>§ 103 Abs. 4 SGB V</u> wirtschaftlich zu verwerten. Hiervon zu unterscheiden sei die Nachbesetzung des Vertragsarztsitzes per se und die hiermit beabsichtigte wirtschaftliche Verwertung der gesamten Praxis (inklusive vorhandener Anstellungen durch Ã\(\text{Dbertragung auf einen Nachfolger}\)). In dieser Konstellation bestehe die Möglichkeit einer Ã∏bertragung der Anstellungsgenehmigung im Rahmen des Nachbesetzungsverfahrens nach § 103 Abs. 4 SGB V für den Vertragsarztsitz. Die mit Hilfe angestellter Ã∏rzte vergröÃ∏erte Praxis falle in den Schutzbereich des § 103 Abs. 4 SGB V. Aus der AkzessorietÃxt von Zulassung und Vertragsarztsitz folge, dass die Anstellung bei einer Nachbesetzung gem. <u>§ 103 Abs. 4 SGB V</u> durch den Nachfolger fortgeführt werden kA¶nne. Der angestellte Arzt habe die zur Nachbesetzung ausgeschriebene Praxis des Vertragsarztes wirtschaftlich mitgeprÄxgt, der durch Art. 14 Abs. 1 GG

geschützte Wert werde von ihm maÃ∏geblich beeinflusst. Die vom Beklagten geforderte vorherige Umwandlung in eine Zulassung und von der Praxisnachbesetzung unabhĤngige Nachbesetzung würde eine sinnvolle Verwertung der Vertragsarztpraxis als Gesamtheit konterkarieren. Auch Sinn und Zweck des Nachbesetzungsverfahrens, gewachsene Praxisstrukturen fortzuführen, spreche für eine Ã∏bertragbarkeit der Anstellungsgenehmigung im Rahmen des Verfahrens nach § 103 Abs. 4 SGB V. Es sei der Rechtsansicht des SG zu folgen, dass der Nachfolger einen Anspruch auf Genehmigung der Besetzung der Angestelltenstelle erwerbe und zwar in dem Umfang, wie sie zuvor bestanden habe, also bedarfsneutral. Der Zulassungsnachfolger erwerbe im Rahmen des Nachbesetzungsverfahrens ein subjektives Recht auf Erteilung einer neuen Anstellungsgenehmigung, die auch f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r einen anderen als den bisher angestellten Arzt beantragt werden könne. Dass es sich bei dem Nachbesetzungsverfahren nach <u>§ 103 Abs. 3a, Abs. 4 SGB V</u> um ein zweistufiges Verwaltungsverfahren handle, habe das BSG bereits mit Urteil vom 25.11.1998 (B 6 KA 70/97 R) entschieden. Das zitierte Urteil vom 12.02.2020 liefere keine neuen Erkenntnisse. Wenn man der Rechtsauffassung des Beklagten folge, wäre im Ã∏brigen ein dreistufiges Verwaltungsverfahren erforderlich. Die vom Beklagten geforderten Modelle seien weder praktikabel umsetzbar noch gesetzlich vorgegeben. Â Â

Mit Schreiben vom 15.03.2022, eingegangen am 16.03.2022 hat der Kläger zu 2) seine Berufung zurückgenommen. Er sei inzwischen in Ruhestand gegangen und habe kein Interesse an der Fortsetzung des Rechtsstreits in seiner Person.

Darauf hat der Beklagte ausgefļhrt, mit der Berufungsrücknahme sei der KIäger zu 2) aus dem Prozessrechtsverhältnis ausgeschieden. Es könne daher auf der Seite der initial in der Klageschrift ersichtlichen Verfahrensbeteiligten eine diesem Personenkreis günstige rechtliche Entscheidung nicht mehr zustande kommen. Dies liege an der Herkunft der Anstellungsgenehmigung beim Gestattungsinhaber, dem KlĤger zu 2). Durch die fehlende Stufe unter Missachtung der Rechtslage sei die Angestelltengenehmigung nicht in die RechtszustĤndigkeit der KlĤgerin zu 1) gelangt. Nicht weiter fļhre ein rechtlich und verfassungsrechtlich undifferenzierter Appell an den Schutz des verfassungsrechtlichen Eigentums sowie der Hinweis auf die Entscheidung des BSG vom 30.03.1977, 6 RKa 4/76. Die verbleibende KlĤgerin kĶnne auch nicht geltend machen, eine rechtlich geschä¼tzte Vermä¶genssphä¤re sei rechtswidrig beeintrÄxchtigt. Die Vorstellung eines Weiterwanderns einer Angestelltengenehmigung finde keine normative Grundlage mehr. Da die Berufungsrücknahme nicht widerrufen werden könne und der Kläger zu 2) am Verfahren nicht mehr teilnehme, fehle für die Klägerin zu 1) die sachliche und rechtliche Grundlage die Klage zu behaupteten Rechtswegzuweisungen weiterhin betreiben zu kA¶nnen.

Der Beklagte beantragt:

I. Unter gleichzeitiger Abweisung der auf seinen Erlass gerichteten SachantrĤge der KlĤgerin zu 1) wird das Urteil des SG München vom 20.02.2019 insoweit aufgehoben (auch hinsichtlich des Kostenausspruchs), als dem Beklagten

aufgegeben wurde, der KlĤgerin zu 1) Genehmigungen zu erteilen, einerseits zur BeschĤftigung von Frau F und andererseits zur BeschĤftigung von Herrn G. II. Die KlĤgerin zu 1) trĤgt die Kosten des Verfahrens erster Instanz, soweit der Beklagte hinsichtlich der KlĤgerin zu 1) durch das Urteil des SG insoweit mit Kosten belastet wurde. Weiterhin trĤgt die KlĤgerin zu 1) die Kosten des Berufungsverfahrens.

III. F \tilde{A}^{1} /4r den Fall des beklagtenseitigen Unterliegens im Berufungsrechtszug: Die Revision wird wegen sog. struktureller Wiederholungsgefahr zugelassen.

Die KlĤgerin beantragt,

ÂÂÂÂ

Â die Berufung des Beklagten zurýckzuweisen.

Die Beigeladene zu 3) schlieà t sich dem Antrag des Beklagten an mit der Maà gabe, dass die Kosten der Beigeladenen zu 3) durch die Klà gerin zu tragen sind.

Die übrigen Beigeladenen haben keine Anträge gestellt.

Â

Zur Erg \tilde{A} ¤nzung des Tatbestandes wird auf die beigezogenen Verwaltungsakten des Zulassungsausschusses \tilde{A} \square rzte Bayern und des Beklagten sowie die Gerichtsakten beider Rechtsz \tilde{A} 1 /4ge Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Nach Rücknahme der Berufung durch den Kläger zu 2) war ausschlieÃ□lich über die Berufung des Beklagten zu entscheiden. Die Berufung des Beklagten ist zulässig, insbesondere form- und fristgerecht erhoben, § 151 Sozialgerichtsgesetz (SGG).

Die Berufung des Beklagten ist aber unbegründet. Das SG hat zu Recht der Klage der Klägerin zu 1) stattgegeben und ist zu dem Ergebnis gekommen, diese sei durch die rechtswidrige Entscheidung des Beklagten, der ihren Widerspruch gegen die Ablehnung der Genehmigung zur Anstellung der Beigeladenen zu 1) und 2) zu Unrecht abgewiesen habe, in ihren Rechten verletzt. Der Senat verweist gemäÃ□ § 153 Abs.2 SGG auf die Begrþndung der angegriffenen Entscheidung. Ergänzend wird auch zum Vortrag im Berufungsverfahren folgendes ausgeführt:

1. Das SG hat zunächst zu Recht darauf hingewiesen, dass Gegenstand des Klageverfahrens nach ständiger Rechtsprechung alleine der Bescheid des Beklagten, nicht der des ZA ist. Soweit der Beklagte im Tenor des streitgegenständlichen Bescheides vom 01.08.2017 die WidersprÃ⅓che der Kläger zu 1) und 2) betreffend einerseits die Ablehnung der Anträge auf Genehmigung zur Beschäftigung der Beigeladenen zu 1) und 2), andererseits den Fortbestand der Genehmigung zur Anstellung der Beigeladenen zu 4) bei der Beigeladenen zu 3), zurÃ⅓ckgewiesen hat, ist darin â∏ auch unter BerÃ⅓cksichtigung der AusfÃ⅓hrungen in der BegrÃ⅓ndung des Beschlusses â∏ eine eigene Ablehnung der Anträge der Klägerin zu 1) auf Genehmigung zur

Beschäftigung der Beigeladenen zu 1) und 2) sowie eine eigene Feststellung dahingehend, dass die mit Beschluss des ZA vom 21.05.2014 dem Kläger zu 2) erteilte Genehmigung zur Anstellung der Beigeladenen zu 4) tatsächlich der Beigeladenen zu 3) zuzuordnen sei und unverändert fortbestehe, zu sehen.

- 2. Entgegen der Ausführungen des Beklagten ist durch die Rücknahme der Berufung durch den Kläger zu 2) nicht dem angegriffenen Bescheid die Grundlage entzogen. Insbesondere betrifft der angegriffene Bescheid des Beklagten den Widerspruch der Klägerin zu 1) bezüglich aller angegriffenen Ziffern des ZA, der Beklagte hat den Widerspruch der Klägerin zu 1) betreffend die Ziffern 1, 2 und 4 des Beschlusses des ZA vom 20.09.2016 zurückgewiesen.
- 3. Die Feststellung, dass die mit Beschluss des ZA vom 21.05.2014 dem Kläger zu 2) erteilte Genehmigung zur Anstellung der Beigeladenen zu 4) tatsächlich der Beigeladenen zu 3) zuzuordnen ist und unverändert fortbesteht, ist rechtswidrig. Â

Die Genehmigung zur BeschĤftigung von angestellten Ä∏rzten ist in § 95 Abs. 9 SGB V geregelt. Danach kann der Vertragsarzt mit Genehmigung des Zulassungsausschusses Ä∏rzte, die in das Arztregister eingetragen sind, anstellen, sofern für die Arztgruppe, der der anzustellende Arzt angehört, keine Zulassungsbeschränkungen angeordnet sind und der Anstellung keine Festlegungen nach § 101 Absatz 1 Satz 8 SGB V entgegenstehen; hiervon abweichend ist eine Anstellungsgenehmigung trotz einer angeordneten Zulassungsbeschränkung zu erteilen, wenn mit der Anstellung Festlegungen nach § 101 Absatz 1 Satz 8 befolgt werden. Sind Zulassungsbeschränkungen angeordnet, gilt Satz 1 mit der MaÃ∏gabe, dass die Voraussetzungen des § 101 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 erfüllt sein müssen. Das Nähere zu der Anstellung von Ã∏rzten bei Vertragsärzten bestimmen die Zulassungsverordnungen. Absatz 5 gilt entsprechend.

Vorliegend hatte der ZA mit bestandskräftigem Beschluss vom 21.05.2014 dem Kläger zu 2) persönlich die Genehmigung zur Beschäftigung der Beigeladenen zu 4) als angestellte Ã□rztin am Vertragsarztsitz D mit einem Tätigkeitsumfang von 40 Wochenstunden (Bedarfsplanungsanrechnungsfaktor 1,0) erteilt. Dem Bescheid des ZA ist zu entnehmen, dass es sich um eine Nachbesetzung fù⁄₄r einen zum 30.09.2013 ausgeschiedenen angestellten Arzt handelte. Ein Hinweis auf die Tätigkeit im Rahmen einer BAG oder auf eine Anstellung bei einer BAG ist dem Bescheid nicht zu entnehmen.

Wie das SG richtig festgestellt hat, war nach dem klaren Wortlaut des bestandskräftig gewordenen Genehmigungsbescheides des ZA der Kläger zu 2), nicht aber die Beigeladene zu 3), Inhaber der streitigen Anstellungsgenehmigung. Eine Auslegung des Beschlusses im Hinblick auf etwaige zivilrechtliche Vereinbarungen der BAG-Partner, einen Arbeitsvertrag oder auch auf eine die Zulassung des Klägers zu 2) â∏überlagernde BAG-Genehmigungâ∏ ist auch nach Auffassung des Senats nicht möglich. Wie das SG ist auch der Senat der Ã∏berzeugung, dass sich aus dem Urteil des BSG vom 04.05.2016 (Az: <u>B 6 KA 24/15</u>

R) nichts anderes ergibt. Das BSG ist in diesem Urteil zwar zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Anstellungsgenehmigung grundsĤtzlich nur einer BAG und nicht dem einzelnen Vertragsarzt als Mitglied einer BAG zustehen kann. Gleichzeitig hat es aber auch ausgefļhrt, dass in dem dort entschiedenen Fall dem KlĤger sein insoweit â∏falscher Antragâ∏ aus Vertrauensschutzgrļnden nicht entgegengehalten werden kann. Entgegen der Ansicht des Beklagten trifft dieses Urteil jedenfalls keine Aussage zu bestandskrĤftigen, anderslautenden Anstellungsgenehmigungen, die, wie vorliegend, einem einzelnen Vertragsarzt erteilt worden sind. Das BSG hat vielmehr in einem spĤteren Urteil vom 25.01.2017, B 6 KA 6/16 R, in anderem Zusammenhang klargestellt, dass es nicht darauf ankommt, â∏wie die Zuordnung zu erfolgen hat, wenn künftig Genehmigungen entsprechend den Vorgaben aus der neuen Rechtsprechung des Senats [â∏∤] nicht mehr dem einzelnen Arzt, sondern der BAG erteilt werden [â∏∤] weil bereits erteilte, bestandskräftige Genehmigungen dadurch nicht in Frage gestellt werdenâ∏∏.

Auch die Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens nach § 103 Abs. 4 SGB V und das Ausscheiden des Klägers zu 2) aus der BAG der Beigeladenen zu 3) hat nicht dazu geführt, dass die streitige Anstellungsgenehmigung der Beigeladenen zu 3) zuzuordnen wäre. Da diese zu keinem Zeitpunkt Inhaberin der Anstellungsgenehmigung war, hat die Anstellungsgenehmigung beim Ausscheiden des Klägers zu 2) auch nicht in der BAG â∏verbleibenâ∏ können. Auch eine Ã∏bertragung der Genehmigung auf die Beigeladene zu 3) hat ersichtlich nicht stattgefunden, vielmehr ist der Antrag der Beigeladenen zu 3) auf Genehmigung der Anstellung der Beigeladenen zu 4 in Ziffer 3 des Beschlusses des Zulassungsausschusses vom 20.09.2016 abgelehnt worden, die Beigeladene zu 3) hat hiergegen nicht Widerspruch erhoben.

4. Der Klägerin zu 1) ist mit bestandskrägftigem Beschluss des ZA vom 20.09.2016 die Genehmigung zur BeschĤftigung des KlĤgers zu 2) als angestelltem Arzt im MVZ zur FortfÃ1/4hrung der ausgeschriebenen Praxis des KIägers zu 2) ab 01.01.2017 erteilt worden. Sie hat damit auch Anspruch auf Erteilung der Genehmigungen zur BeschÄxftigung der Beigeladenen zu 1) und 2) mit einem über den derzeitigen vom ZA genehmigten TÃxtigkeitsumfang von jeweils 5 Wochenstunden hinausgehenden TÄxtigkeitsumfang von jeweils 11 Wochenstunden im MVZ zur Fortführung der ausgeschriebenen Praxis des Klägers zu 2), die auch die dem Kläger zu 2) â∏ wie ausgeführt â∏ zugeordnete Anstellungsgenehmigung erfasst. Die Anstellungsgenehmigung konnte zusammen mit dem Vertragsarztsitz im Rahmen des nach § 103 Abs.4 SGB V erfolgten Nachbesetzungsverfahrens übertragen werden. Ein Antrag auf Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens, der die vertragsärztliche Zulassung wie auch die Anstellungsgenehmigung umfasste, ist gestellt worden. Der KIäger zu 2) hat vorliegend den BAG-Vertrag zum 31.12.2016 gekündigt und am 17.05.2016 einen Antrag auf Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens nach § 103 Abs. 3a i.V.m. Abs. 4 SGB V gestellt und ausgeführt, es bestehe eine BAG, die Praxisübergabe solle â∏inclusive einem zweiten Pathologensitz im Anstellungsverhältnisâ∏∏ erfolgen. Es werde der Verzicht auf die Zulassung unter der Bedingung erklĤrt, dass ein Nachfolger zugelassen werde. Der ZA hat dem

Antrag des Klägers zu 2) â\[\]auf Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens (Praxisbesonderheit: Angestellte Ã\[]rztin J) nach Â\[\frac{1}{2}\] 103 Abs. 3a S.1 iVm Abs. 4 S. 1 SGB Vâ\[\] für den Vertragsarztsitz in D stattgegeben. Die Beigeladene zu 5) hat die Praxis für Pathologie des Klägers zu 2) im Bayerischen Staatsanzeiger ausgeschrieben und in der Ausschreibung als Praxisbesonderheit angegeben: â\[\]H, angestellte Â\[]rztin (40 Stunden/ Woche)\[\frac{1}{2}\]. Mit Beschlüssen vom 20.09.2016 hat der ZA festgestellt, dass die Zulassung des Klägers zu 2) am Vertragsarztsitz in D und seine Mitwirkung in der BAG zum 31.12.2016 enden. Â

Die streitige Angestelltenstelle, die â de wie oben ausgef ¼hrt â de dem Klā¤ger zu 2) zuzuordnen war, ist aufgrund des Verzichts des Klā¤gers zu 2) auf seine Zulassung nicht erloschen oder hat sich anderweitig erledigt. Es endete zwar, wie sich aus dem bestandskrā¤ftigen Beschluss vom 21.05.2014 ergibt, die dem Klā¤ger zu 2) zugeordnete Genehmigung zur Beschā¤ftigung der Beigeladenen zu 4) am Vertragsarztsitz D zum 31.12.2016. Insoweit ist dem Bescheid zu entnehmen, dass mit dem Ende der Zulassung des anstellenden Vertragsarztes auch die Rechte und Pflichten des angestellten Arztes (insbesondere zur Teilnahme an der ambulanten vertragsā¤rztlichen Versorgung) aus der erteilten Genehmigung entfallen und dass eine etwaige Nachbesetzung der vorliegend genehmigten Arztstelle der vorherigen Genehmigung des Zulassungsausschusses bedarf.

Der KlÄger zu 2) hat auch nur unter der Bedingung der Zulassung eines Nachfolgers auf seinen Vertragsarztsitz verzichtet und der Vertragsarztsitz des Klägers ist durch die Entscheidung des ZA vom 20.09.2016 gemäÃ∏ § 103 Abs. 4 und Abs. 4c SGB V auf die KlAzgerin zu 1) A¼bertragen und von dieser als Anstellung weitergefļhrt worden. Durch die Weiterfļhrung der ursprļnglichen Zulassung als Anstellung im MVZ ist die damit verbundene Anstellung nicht untergegangen. Vielmehr hat die KlĤgerin zu 1) einen Anspruch auf Genehmigung zur Anstellung â∏erworbenâ∏. Wie von der Beigeladenen zu 5) ausführlich dargelegt und in dem auch von den Beteiligten diskutierten Urteil des SG Marburg (Urteil vom 14.01.2009, 5 12 KA 507/08) und der Literatur (vgl. Kremer/Wittmann, Vertragsärztliche Zulassungsverfahren, 4. Auflage, Rn. 524, 1707) ausgeführt, fällt die mit Hilfe angestellter Ã∏rzte vergröÃ∏erte Praxis in den Schutzbereich des <u>§ 103 Abs. 4 SGB V</u>. Angestellte Ã∏rzte haben die zur Nachbesetzung ausgeschriebene Praxis des Vertragsarztes wirtschaftlich mitgeprĤgt, der durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützte Wert, der auch die Verwertungsinteressen des Praxisabgebers schützt, wird von der Anstellungsgenehmigung maÃ∏geblich beeinflusst. Aus der AkzessorietAxt von Zulassung und Vertragsarztsitz folgt, dass die Anstellung bei einer Nachbesetzung gem. <u>§ 103 Abs. 4 SGB V</u> durch den Nachfolger fortgeführt werden kann. Er kann bei Ausscheiden aus der BAG die Anstellungsgenehmigung mitnehmen. Der Praxisnachfolger kann die Anstellung fortführen; die Fortführung bedarf rechtstechnisch einer Umschreibung der Anstellungsgenehmigung auf den Nachfolger in den Vertragsarztsitz (vgl. Ladurner, ̸rzte-ZV, Zahnärzte-ZV, § 32b, Rn.30). Die Tatsache, dass das Gesetz keine ausdrückliche Regelung für dieses Problem trifft, spricht nicht gegen den Erwerb der Anstellung durch die KlAzgerin zu 1).

Entgegen der Ansicht des Beklagten ist auch <u>§ 95 Abs. 9b SGB V</u> nicht zu

entnehmen, dass eine Anstellungsgenehmigung ausschlieà lich im Rahmen eines â lzweistufigen Verwaltungsverfahrensâ lauf einen Nachfolger ü bertragbar ist. Daran à ndert auch der Vortrag des Beklagten zu dem im bestandskrà nftigem Beschluss des ZA vom 21.05.2014 enthaltenen Hinweis auf die Voraussetzungen einer Umwandlung einer Anstellung nach § 95 Abs. 9b SGB V in eine Zulassung nichts.

Nach § 95 Abs. 9b SGB V ist eine genehmigte Anstellung nach Absatz 9 Satz 1 auf Antrag des anstellenden Vertragsarztes vom Zulassungsausschuss in eine Zulassung umzuwandeln, sofern der Umfang der TÄxtigkeit des angestellten Arztes einem ganzen, einem halben oder einem drei Viertel Versorgungsauftrag entspricht; beantragt der anstellende Vertragsarzt nicht zugleich bei der KassenĤrztlichen Vereinigung die Durchführung eines Nachbesetzungsverfahrens nach § 103 Absatz 3a, wird der bisher angestellte Arzt Inhaber der Zulassung. Es besteht damit gem. § 95 Abs. 9b SGB V zwar die Möglichkeit der Umwandlung einer Anstellungsgenehmigung in eine Zulassung und eines nachfolgenden Nachbesetzungsverfahrens. Aus der Regelung ergibt sich aber gerade nicht, dass dies die einzige MĶglichkeit der Ä∏bertragung einer Anstellungsgenehmigung wäre. Aus der Gesetzesbegründung hierzu ist zu entnehmen, dass das Verfahren als Gegenstück der Einbringung der Zulassung in ein MVZ konzipiert worden ist. Sinn und Zweck der Regelung ist u.a. dem Vertragsarzt die MA¶glichkeit zu geben, eine nicht mehr benĶtigte Arztstelle im Zuge des Nachbesetzungsverfahrens nach § 103 Abs. 4 SGB V wirtschaftlich zu verwerten. Davon zu unterscheiden ist die Nachbesetzung des Vertragsarztsitzes einschlie̸lich einer Anstellungsgenehmigung und damit die wirtschaftliche Verwertung der gesamten Praxis. In dieser Konstellation besteht, wie oben dargestellt, die MA¶glichkeit der ̸bertragung der Anstellungsgenehmigung im Rahmen des Nachbesetzungsverfahrens nach § 103 Abs. 4 SGB V für den Vertragsarztsitz.

Der Nachfolger erwirbt einen Anspruch auf Genehmigung der Besetzung der Angestelltenstelle in dem Umfang, wie sie zuvor bestanden hat. Der Zulassungsnachfolger erwirbt im Rahmen des Nachbesetzungsverfahrens ein subjektives Recht auf Erteilung einer neuen Anstellungsgenehmigung, die auch für einen anderen als den bisher angestellten Arzt beantragt werden kann. Der angestellte Arzt verliert dann seine Mitwirkungsrechte, ohne sich dagegen vertragsarztrechtlich wehren zu kĶnnen. Von dieser vertragsarztrechtlichen Lage ist die arbeitsrechtliche Situation zu unterscheiden; das ArbeitsverhÄxltnis bleibt vom Verlust der Anstellungsgenehmigung grundsÄxtzlich unberļhrt; Ķffentlichrechtlicher Status und arbeitsrechtliche Beziehung im InnenverhÄxltnis sind zu trennen (vgl. Ladurner, a.a.O., § 32b, Rn.30). Soweit die BevollmÃxchtigte der Beigeladenen zu 3) insofern vorgetragen hatte, weder die Beigeladene zu 3) noch die Beigeladene zu 4) â∏ die angestellte Ã∏rztin â∏∏ hätten von dem Nachbesetzungsverfahren gewusst, spielt dies fýr das vorliegende Verfahren keine Rolle. Die Beigeladene zu 4) hat sich im ̸brigen im gesamten Verfahren nicht geäuÃ∏ert und keine Anträge gestellt. Â

Dass es sich im Ã□brigen bei einem Nachbesetzungsverfahren nach § 103 Abs.3a, Abs.4 SGB V um ein zweistufiges Verwaltungsverfahren handelt, hat das BSG â□□

worauf die Beigeladene zu 5) zu Recht hingewiesen hat \hat{a}_{\square} bereits im Jahr 1998 entschieden (Urteil vom 25.11.1998, <u>B 6 KA 70/97 R</u>). Daraus ist aber nicht zu folgern, dass eine Anstellungsgenehmigung ausschlie \tilde{A}_{\square} lich durch vorherige Umwandlung in eine Zulassung $\tilde{A}_{\square}^{1/4}$ bertragen werden kann.

Die Kostenentscheidung für das Berufungsverfahren ergibt sich aus <u>§ 197a SGG</u> i.V.m. <u>§ 154 Abs.1</u>,2,3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Da der mit den Klagen angegriffene Bescheid, mit dem die Anträge auf Beschäftigung der Beigeladenen zu 1) und 2) abgelehnt worden sind und festgestellt worden ist, dass die mit Beschluss des ZA vom 21.045.2014 dem Kläger zu 2) erteilte Genehmigung zur Anstellung der Beigeladenen zu 4) tatsächlich der Beigeladenen zu 3) zuzuordnen sei und unverändert fortbestehe, vollständig aufgehoben worden ist, haben der Beklagte und die Beigeladene zu 3), die sich in der mù¼ndlichen Verhandlung am 30.03.2022 dem Antrag des Beklagten angeschlossen hat, die Kosten des Verfahrens zu tragen. Sie haben aber nicht die auÃ□ergerichtlichen Kosten des Klägers zu 2) zu tragen, der die Berufung zurù¼ckgenommen hat. Im Ã□brigen sind keine Kosten zu erstatten, insbesondere haben die ù¼brigen Beigeladenen im Berufungsverfahren keine Anträge gestellt.

Die Revision war wegen grundsÃxtzlicher Bedeutung zuzulassen, <u>§ 160 Abs.2 Nr.1 SGG</u>.

Â

Erstellt am: 11.05.2023

Zuletzt verändert am: 22.12.2024